

P R O T O K O L L
der öffentlichen Beiratssitzung

DATUM	BEGINN	ENDE	SITZUNGSORT
14.04.2011	19.05 Uhr	21.55 Uhr	Oberschule an der Ronzellenstraße, Aula

TEILNEHMER

ORTSAMT : OAL W. Ahrens, Vorsitzender
U. Lütjens, Protokollführer

BEIRAT/AUSSCHÜSSE : siehe anliegende Liste

GÄSTE : Herr Sygusch, SBW
Herr Dick, AfSD
Herr Ostermann, SAFGJS

TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung, Beschluss der Tagesordnung und Protokollgenehmigung
2. Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung
3. Anträge aus dem Beirat
4. Situation der Hortversorgung in den Kitas Carl-Friedrich-Gauß-Straße und Curiestraße
5. Jugendhilfeeinrichtung im Hause Voltastraße 110
6. Vergabe von Beiratsmitteln
7. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
8. Verschiedenes

Die Beiratsmitglieder wurden mit Schreiben vom 30.03.2011 zur Sitzung eingeladen.

Zu TOP 1: Begrüßung und Protokollgenehmigung

Die Tagesordnung wird wie vorgeschlagen beschlossen. Das Protokoll der Sitzung vom 27.01.2011 wird genehmigt.

Zu TOP 2: Wünsche und Anregungen aus der Bevölkerung

Herr Jarré hatte für den Bürgerverein Horn-Lehe e.V. im Vorfeld der Sitzung den als Anlage beigefügten Bürgerantrag eingereicht, welcher auf eine Unterbringungsmöglichkeit des vereins-eigenen Archivs in einem öffentlichen Gebäude im Stadtteil abzielt. Die Mitglieder des Beirats verständigen sich darauf, dass sich der neue Beirat dieses Themas annehmen und auf einer der ersten Sitzungen nach der Wahl unter Beteiligung eines zuständigen Referenten behandeln wird. Herr Ahrens wird im Vorfeld bereits bei den maßgeblichen Stellen Möglichkeiten sondieren.

Herr Janssen äußert sich zu verschiedenen Aspekten. Nach wie vor kritisch sieht er die Verkehrssituation in der Vorstraße, insbesondere in Bezug auf das regelwidrige Parken auf bzw. unmittelbar vor und hinter den Berliner Kissen. Positiv bewertet er die im Vorkampsweg eingeführte Regelung des alternierenden Parkens. In der kürzlichen Einweihung eines Fuß- und Radwegs im Blockland sieht Herr Janssen einen Einstieg in den sanften Tourismus. Die im heutigen Antrag der SPD-Fraktion geforderte Querung über die Leher Heerstraße hält er aus seiner Sicht als passionierter Radfahrer für gefährlich.

Zur altbekannten Problematik in der Vorstraße sagt Herr Ahrens, dass es am sinnvollsten ist, nach dem endgültigen Auszug der Berufsschule aus dem Vorkampsweg ein schlüssiges Gesamtkonzept aus einem Guss für den Bereich zu erarbeiten, anstatt an Einzelsymptomen zu laborieren.

Zu TOP 3: Anträge aus dem Beirat

3.1. Antrag der CDU-Fraktion

Lärmschutz

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe begrüßt den für 2012 angekündigten Baubeginn von Lärmsanierungsmaßnahmen für den Streckenabschnitt Schorf/Achterdiek (Abschnitt beginnend ab km 248,2) BAB-Brücke A 27 in Richtung Oberneuland.

Für nicht akzeptabel hält der Beirat allerdings die auf der Einwohnerversammlung am 24.03.2011 vorgestellte Planung der DB ProjektBau GmbH, das auf der Südseite gelegene Teilstück auf Höhe der Häuser Schorf 1 – 5A sowie den auf der Südseite gelegenen Abschnitt im Bereich der Bahnüberführung Achterdiek vom Bau der vorgesehenen Lärmschutzwand auszusparen.

Der Beirat bekräftigt die vom Ausschuss Umwelt und Verkehr am 02.03.2011 erhobene Forderung für eine lückenlose Lärmschutzwand zwischen BAB 27 bis einschließlich der Bahnüberführung Achterdiek und bittet den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa sowie die Bremer Bundestagsabgeordneten, sich bei den entsprechenden Stellen dafür einzusetzen, dass die betroffenen Bereiche in die Fördermaßnahme einbezogen werden.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

3.2. Antrag der SPD-Fraktion

Sichere Querung der Leher Heerstraße

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe fordert den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, eine zusätzliche Fußgängerampel über die Leher Heerstraße zwischen der Einmündung der Senator-Bölken-Straße und der Autobahnunterführung einzurichten. Diese Ampel soll als Bedarfsampel für die Fußgänger geschaltet werden.

Begründung:

Trotz vorhandener sicherer Querungsmöglichkeiten der Leher Heerstraße am Leher Kreisel und an der Ecke Wilhelm-Röntgen-Straße wird in der Praxis der ungesicherte Übergang zwischen der Einmündung der Senator-Bölken-Straße und der Autobahnunterführung von vielen Fußgängern und Radfahrern genutzt. Ihr Ziel sind oft die Supermärkte Lidl und Rewe. Der zusätzliche kleine Umweg über die Fußgängerampel an der Sparkasse wird gerade von den Seniorinnen und Senioren vermieden, denen jeder zusätzliche Meter Weges schwer fällt.

Abstimmung über die Überweisung an den Ausschuss Umweltschutz und Verkehr: einstimmig beschlossen

3.3. Antrag Herr Dr. Spehr, DIE LINKE

Standort Berckstraße als Stadtteilzentrum erhalten

Der Beirat möge beschließen:

Seit geraumer Zeit gilt als ausgemacht, dass der derzeitige Standort des Ortsamts Horn-Lehe in der Berckstraße aufgegeben wird. Für die Polizeiwache steht fest, dass sie in angemietete Räume im Postgebäude an der Ecke Kopernikusstraße/Lilienthaler Heerstraße umzieht. Für das Ortsamt (und damit auch für den Beirat) ist die Standortfrage bislang nicht abschließend geklärt. Die Orientierung auf den Umzug wird vor allem mit einer Wirtschaftlichkeitsrechnung begründet, wonach die Sanierung des Gebäudes in der Berckstraße teurer wäre, als ein Neubau an anderer Stelle bei gleichzeitigem Verkauf des Grundstücks in der Berckstraße.

Nach den Erfahrungen mit dem Standesamt sind Wirtschaftlichkeitsrechnungen besonders kritisch zu prüfen. Zu fragen ist insbesondere,

- a) ob bei der Berechnung eine Sanierung zugrunde gelegt wird, die eine Modernisierung weit über den derzeitigen Standard hinaus beinhaltet;
- b) ob der Umzug nicht zuletzt deswegen als wirtschaftlicher erscheint, weil der Standort in der Berckstraße besonders zentral und daher der Grundstückspreis höher ist;

- c) ob die Zentralität des Standorts in der Berckstraße nicht als eigener Wert zu betrachten ist, da dem Stadtteil ein wahrnehmbares Stadtteilzentrum fehlt und dieser Standort am ehesten die Möglichkeit bietet, ein solches zu schaffen;
- d) ob nach dem Auszug der Polizeiwache das sanierte Ortsamtsgebäude nicht zu einem Bürgerzentrum erweitert werden könnte, das die gewünschte Zentralität ideal verkörpern würde.
- Der Beirat ersucht die senatorische Behörde daher, ihm die Wirtschaftlichkeitsberechnung erneut vorzulegen, dabei die verschiedenen Bestandteile deutlich auszuweisen, die oben aufgeführten Fragen zu berücksichtigen und zu beantworten, und die Ergebnisse auf einer öffentlichen Beiratssitzung zur Diskussion zu stellen.

Der Beirat verständigt sich darauf, zur nächsten Befassung der Standortproblematik im Beirat den zuständigen Mitarbeiter der Immobilien Bremen AöR mit einzuladen, der die Wirtschaftlichkeitsberechnung erstellt hat und diese vor dem geschilderten Hintergrund erläutern zu lassen.

3.4. Antrag Herr Dr. Spehr, DIE LINKE

Atomtransporte durch Horn-Lehe verhindern!

Der Beirat möge beschließen:

Bremen ist eine Drehscheibe für Atomtransporte. Transportiert werden im Wesentlichen Ausgangsstoffe für die Herstellung von Brennelementen und daraus entstehende Abfallprodukte, unter anderem angereichertes Uranhexafluorid und Urandioxid.

Atomtransporte finden nicht nur über die Häfen statt, sondern auch über die Autobahnen und über die Bahnlinien nach Bremerhaven. Ein Unfall auf der A27 oder auf der Bahnlinie hätte auch für Horn-Lehe dramatische Folgen. Bei der Freisetzung von angereichertem Uranhexafluorid entsteht ein Nebel aus ätzender, giftiger Flusssäure und radioaktiven Uranylfluorid-Partikeln. Lebensgefährliche Konzentrationen können bis zu mindestens zwei Kilometern Entfernung von der Unfallstelle eintreten.

Die Gefahr von Atomunfällen auf der Autobahn ist real. Vor gut einem Jahr untersagten BeamtenInnen der Gefahrgutüberwachung auf der A1 bei Bremen die Weiterfahrt eines Sattelzuges, der einen völlig verrosteten Container mit 15 Tonnen radioaktiven Materials geladen hatte, weil ein sicherer Weitertransport zum Zielort nicht mehr möglich war.

1. Der Beirat fordert den Senat auf zu prüfen, ob es auf Landes- und/oder kommunaler Ebene Möglichkeiten gibt, Maßnahmen zu ergreifen beziehungsweise gesetzliche Bestimmungen zu erlassen, mit denen die rechtliche und/oder vertragliche Möglichkeit besteht, Transporte über Horn-Leher Gebiet zu unterbinden.
2. Der Beirat begrüßt die Forderung der Bürgerschaft vom 11.11.2010, den Einfluss der Länder auf die Genehmigung von Transporten von Kernbrennstoffen und deren Abfallprodukte zu stärken. Der Beirat fordert, die geplante Bundesratsinitiative zur Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel, die Genehmigung eines Atomtransports von einer Einvernehmenserklärung mit den Ländern abhängig zu machen, zügig umzusetzen.
3. Der Beirat ersucht den Senat den Beirat Horn-Lehe zeitnah zu informieren, welche Katastrophen- und Evakuierungspläne für den Fall eines Atomtransportunfalls auf der A27 sowie auf der durch den Stadtteil führenden Bahnlinie bestehen und wie die Bevölkerung im Falle eines Atomunfalls geschützt werden soll.

Abstimmung über 1.: 7 ja, 6 nein, 1 Enthaltung = mehrheitlich beschlossen

Abstimmung über 2.: 8 ja, 6 nein = mehrheitlich beschlossen

Abstimmung über 3.: 8 ja, 6 nein = mehrheitlich beschlossen

Zu TOP 4: Situation der Hortversorgung in den Kitas Carl-Friedrich-Gauß-Straße und Curiestraße

Einleitend erläutert Herr Ahrens, dass der TOP 4 vor dem Hintergrund einer Diskrepanz zwischen nachgefragten Hortplätzen und tatsächlich verfügbaren Plätzen im Stadtteil auf die Tagesordnung gesetzt wurde. So kommen bei der Kita Carl-Friedrich-Gauß-Straße 88 Anträge auf 60 Plätze, bei der Kita Curiestraße stehen 80 Plätzen 160 Anmeldungen gegenüber. Das Hauptproblem bei der Einrichtung weiterer Hortplätze liegt neben Fragen des Raumbedarfs und der Versorgung mit Mittagessen vornehmlich in den Personalkosten, die daraus resultieren würden. Als mögliche Alternative wurde infolgedessen die Verlässliche Grundschule (VGS) PLUS in Erwägung gezogen. Um die Rahmenbedingungen dieses Modells und eventuelle weitere Alternative dargelegt zu bekommen, wurde ein Referent der Senatorin für Bildung und Wissenschaft eingeladen.

Zunächst erklärt Herr Sygusch, dass das Problem vor dem Hintergrund der am 22.03.2011 erhobenen Zahlen bekannt ist und konstatiert, dass Horn-Lehe der am stärksten von fehlenden Hortplätzen betroffene Stadtteil Bremens ist. Zur Schaffung weiterer Betreuungsmöglichkeiten sind grundsätzlich drei Varianten denkbar. Ein Ansatz könnte die noch näher zu erläuternde VGS PLUS sein. Eine zweite Möglichkeit wäre, dass das Bildungsressort Räumlichkeiten in den Grundschulen neben den Kitas für die Hortnutzung überlässt und dort mit Ressourcen des Amtes für Soziale Dienste Kinder betreut werden. Drittens wäre die Gründung eines Elternvereins als Einstellungsträger denkbar, wie es zum Beispiel an der Schule Osterholz praktiziert wird. Dies geht jedoch mit relativ hohen Gebühren für die Eltern einher.

Die VGS Plus hat im Gegensatz zur gebundenen Ganztagschule freiwilligen Charakter. Die Pflichtstunden werden am Vormittag abgehalten. Nach einem Mittagessen werden in der Zeit von 13-15 Uhr dann weitere Angebote mit dem Ziel, die Lernzeit auszuweiten, jeweils in Gruppen von 20 Kindern vorgehalten. Den Eltern entstehen hierfür keine Kosten, lediglich das Mittagessen kostet bis zu drei Euro. Empfänger von Transferleistungen nach dem SGB II, dem Asylbewerberleistungsgesetz, Empfänger von Wohngeld oder Kinderzuschlag sind von diesen Kosten befreit.

Ein Nachteil dieses Modells liegt in der Tatsache, dass es sich auf die Schulzeiten beschränkt und die Betreuung somit während der Schulferien anders organisiert werden muss. Bisher liegen neunzehn Anträge auf Einrichtung einer VGS PLUS vor, unter anderem von der Schule an der Philipp-Reis-Straße und der Schule an der Horner Heerstraße. Dazu müssten jedoch in der kommenden Legislaturperiode Haushaltsmittel bereitgestellt werden, da dieses Modell nicht aus Bordmitteln zu finanzieren ist. In naher Zukunft wird daher lediglich in der Schule an der Admiralstraße eine VGS Plus eingeführt werden.

Um einen weiteren Ansatz zur Lösung des Problems anzugehen, hatten sich am Tag vor dieser Sitzung Frau Riemer und Vertreterinnen der beiden betroffenen Kitas mit dem Sozialstaatsrat Herrn Dr. Schuster getroffen. Angedacht ist dabei das Modell eines pädagogischen Mittagstisches bis 15 Uhr. Grundsätzlich besteht das Problem, dass parallel zum Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen keine weiteren Hortplätze geschaffen werden. Zudem können keine weiteren Mittel über die im Haushalt veranschlagten Summen bereitgestellt werden. Demnach wären die für die Betreuung anfallenden Kosten von den Eltern zu tragen. Dazu ergänzt Herr Dick von der Steuerungsstelle Tagesbetreuung, dass mehrere für die praktische Durchführung infrage kommende Träger – z. B. KiTa Bremen - bereitstehen, von denen einer beauftragt werden wird. Da außerhalb der Schulzeiten die Schulgebäude nicht zur Verfügung stehen, muss für die Ferienzeiten eine Unterbringung in Einrichtungen der Jugendhilfe organisiert werden. Aus der Elternschaft ist die Bereitschaft signalisiert worden, die Betreuungskosten zu tragen. Diese werden voraussichtlich in der Größenordnung von 120 bis 150 Euro pro Monat angesielt sein. Herr Dick bietet den anwesenden Eltern an, als Ansprechpartner im Rahmen der weiteren Umsetzung des geschilderten Vorhabens zu fungieren. Konkret können sich die Elternvertreter der beiden KiTas am Folgetag bei ihm melden, um das weitere Vorgehen zu verabreden.

Auf Nachfrage aus dem Beirat bekräftigt Herr Sygusch nochmals seine Aussage, dass die Einführung von VGS-PLUS-Standorten von der finanziellen Ausstattung durch die nach der Bürger-schaftswahl im Mai neu gewählte Regierung abhängt. Generell ist das entscheidende Moment für die Einführung jedoch nicht die Kompensation fehlender Hortplätze. Vielmehr ist die VGS PLUS als Zwischenschritt zur Einführung von Ganztagsschulen zu sehen. Herr Sygusch geht davon aus, dass dies im Umfang von etwa drei Schulen pro Jahr geschehen wird, wobei dies neben Grundschulen auch Oberschulen und Gymnasien einschließt. Des Weiteren bestätigt Herr Sygusch auf mehrfache Nachfrage, dass seitens der Bildungsbehörde die Bereitschaft besteht, Räumlichkeiten für das Modell des pädagogischen Mittagstischs zur Verfügung zu stellen. Frau Schreiber vom Schulverein der Grundschule an der Horner Heerstraße berichtet, dass ihre Institution erfolgreich ein Betreuungsangebot in Eigenregie vorhält. Allerdings übersteigt die Nachfrage mittlerweile deren Kapazitäten. Herr Sygusch rät daraufhin, einen professionellen Träger in Anspruch zu nehmen.

Frau Bernhard berichtet als Initiatorin der „Horner Kids“, dass der damalige pädagogische Mittagstisch im Umfang von zwei Stunden täglich bereits über 200 Euro pro Monat kostete und betont vor diesem Hintergrund, dass perspektivisch als Alternative eine Ganztagsgrundschule im Stadtteil vorgehalten werden müsse.

Die Elternsprecherin der KiTa Carl-Friedrich-Gauß-Straße – Frau Jeschke – bittet den Beirat, die Eltern bei der Einführung eines pädagogischen Mittagstisches zum kommenden Schuljahr zu unterstützen. Dazu werden aus dem Publikum Unterschriftenlisten für die Einführung der VGS PLUS an der Schule Philipp-Reis-Straße und für den Ausbau der KiTA-Plätze eingereicht. Abschließend wird vereinbart, auf einer Sitzung des Ausschusses Soziales und Kultur - voraussichtlich in der 20. Kalenderwoche – über das bis dahin gefundene Lösungsmodell zu informieren.

4.1. Interfraktioneller Antrag

Bedarfsgerechter Ausbau der Hortbetreuung in Horn-Lehe für das Kindergartenjahr 2011/2012

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe fordert die Senatorinnen für Soziales und für Bildung eindringlich auf, gemeinsam eine Lösung für das nicht ausreichende Betreuungsangebot für Grundschulkinder in Horn-Lehe zu finden. Für das Kindergartenjahr 2011/2012 sind für den Hort Curiestraße zwei zusätzliche Betreuungsgruppen und im Hort Carl-Friedrich-Gauß-Straße eine zusätzliche Gruppe erforderlich.

Begründung:

In Horn-Lehe ist bereits seit mehreren Jahren ein steigender Bedarf an Betreuungsmöglichkeiten für Grundschulkinder zu verzeichnen. U.a. der Zuzug von Familien in die Neubaugebiete und die Zunahme von berufstätigen Eltern haben zu einer starken Auslastung der bestehenden Betreuungseinrichtungen geführt. Zum Schuljahr 2011/2012 ist die Nachfrage teilweise deutlich höher als das Angebot. Zumindest für all die Familien muss eine Betreuungslösung gefunden werden, die die Kriterien des Amtes für Soziale Dienste für die Zuweisung eines Hortplatzes erfüllen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Zu TOP 5: Jugendhilfeeinrichtung im Hause Voltastraße 110

Zunächst schildert Herr Ahrens die Historie zum obigen TOP. So hatte Herr Schlüter als Besitzer der genannten Immobilie und als Vorsitzender des „Kinderwohl e.V.“ neben einem Bauantrag für verschiedene Umbauten auch einen Antrag auf Nutzungsänderung dahin gehend gestellt, eine Jugendhilfeeinrichtung im Hause einzurichten. Dies war vom Ausschuss im letzten Jahr mit der Begründung abgelehnt worden, dass das von Herrn Schlüter in der Sitzung vor-

gestellte Konzept einen gewerblichen Charakter habe und sich dieser nicht mit der engen Wohnbebauung am gewünschten Standort in Einklang bringen lasse. Die Bauordnungsbehörde war dieser Argumentation gefolgt und hatte den Antrag auf Nutzungsänderung abgelehnt. Das Verfahren des dagegen eingelegten Widerspruchs läuft noch. Spekulationen aus der Anwohnerschaft, nach denen der Bauherr das Nebenhaus gekauft haben soll und durch einen Mauerdurchbruch eine Erweiterung des Hauses getätigt haben soll, hatten sich im Rahmen eines Ortstermines durch die Baubehörde nicht bestätigt. Auf die Einladung zur heutigen Sitzung hat Herr Schlüter mit einem Schreiben geantwortet, in dem er erklärt hat, aufgrund des vehementen Protestes der Anwohner sein Vorhaben nicht weiterverfolgen zu wollen.

Neben dem Aspekt der Beurteilung durch die Bauordnung muss eine Institution wie die geplante ebenfalls von der zuständigen Aufsichtsbehörde bei der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales nach bestimmten Kriterien zugelassen werden, um ihren Betrieb aufnehmen zu können. Herr Ostermann vom zuständigen Referat 40 SAFGJS schildert vor diesem Hintergrund die allgemeinen Voraussetzungen sowie den aktuellen Sachstand im konkreten Verfahren. So tritt zunächst ein Träger mit einem Konzept zur Einrichtung einer Jugendhilfeeinrichtung an das Landesjugendamt heran. In der Folge berät das Amt den Träger auf Grundlage der Richtlinien für die Anerkennung von Trägern der freien Jugendhilfe über die Anforderungen für einen erfolgreichen Antrag. Des Weiteren wird die Immobilie in Hinblick auf die Raumgrößen, Gemeinschafts- und Sanitärräume in Augenschein genommen. In der Regel sind Baumaßnahmen notwendig, um den Erfordernissen einer solchen Einrichtung zu genügen.

Im Fall der Voltastraße 110 ruht das Verfahren derzeit bis zum Vorliegen einer Baugenehmigung für die entsprechende Nutzungsänderung. Solange diese nicht vorliegt, wird es laut Herrn Ostermann zu keinen weiteren Verfahrensschritten kommen. Sollte diese vorliegen, hätte er Schlüter das vorgelegte Grobkonzept gegenüber der Behörde zu konkretisieren und Liquiditätsnachweise beizubringen, sodass auch Zeiten der Nicht-Belegung überbrückt werden könnten. Die bisherige Planung des Vereins sieht einen Zuschnitt mit drei Einzelzimmern und einem Doppelzimmer vor. In diesem Fall wären ein Betreuungsschlüssel von 1:2 anzusetzen. Sollten Jugendliche unter sechzehn Jahren untergebracht werden, müsste zusätzlich noch eine Nachtbereitschaft gewährleistet werden.

5.1. Antrag der CDU-Fraktion

Jugendhilfeeinrichtung im Hause Voltastraße 110

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat lehnt die beantragte Nutzungsänderung für das Wohnhaus Voltastraße 110 zu einer Jugendhilfeeinrichtung entschieden ab und bekräftigt den entsprechenden Beschluss des Ausschusses Soziales und Kultur vom 24.08.2010.

Begründung:

Das Reihenhause Voltastraße 110 mit ca. 80 qm Wohnfläche ist für die vom Antragsteller beabsichtigte Nutzung als Betreuungseinrichtung für bis zu fünf verhaltensauffällige Jugendliche aufgrund seiner Lage inmitten einer eng bebauten Wohnsiedlung ungeeignet. In Anbetracht der geringen räumlichen Distanz zu den angrenzenden Wohnparteien sind nachbarschaftliche Konflikte vorprogrammiert. Besonders schwer wiegt in diesem Zusammenhang, dass der Antragsteller bis heute kein überzeugendes Betreuungskonzept vorlegen konnte und an der von der Heimaufsicht gebilligten Belegungsobergrenze von maximal fünf Bewohnern kompromisslos festhalten will. Eine Rund-um-die-Uhr-Anwesenheit mindestens eines Betreuers konnte in der Ausschusssitzung am 24.08.2010 vom Antragsteller trotz wiederholter Nachfrage nicht zugesichert werden. Auch auf die Frage, ob und in welcher Form von den Jugendlichen zu verantwortende Delikte oder Verfehlungen gegebenenfalls sanktioniert werden, konnte von Seiten des Antragstellers keine zufriedenstellende Antwort gegeben werden. Die mit dem Vorhaben verfolgte Zielsetzung, in Schwierigkeiten geratene Jugendliche durch praktische Lebenshilfe

wieder in den Alltag zu integrieren, wird sich am Standort Voltastraße unter den gegebenen Voraussetzungen insofern nicht erfolgreich realisieren lassen.

Abstimmung über den Antrag auf Nicht-Befassung: 7 ja, 6 nein = mehrheitlich beschlossen

5.2. Interfraktioneller Antrag

Jugendhilfeeinrichtung im Hause Voltastraße 110

Der Beirat möge beschließen:

Der Beirat Horn-Lehe fordert

- den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa auf, nach Entscheidung über den Widerspruch zur abgelehnten Nutzungsänderung in der Voltastraße 110 den Beirat Horn-Lehe über das Ergebnis zu informieren.
- die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales auf, den Beirat darüber in Kenntnis zu setzen, sobald das derzeit ruhende Verfahren auf Zulassung einer Jugendhilfeeinrichtung in der Voltastraße 110 wieder aufgenommen wird.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Zu TOP6: Vergabe von Beiratsmitteln

lfd. Nr.	Antragsteller	Verwendungszweck	Antragsbetrag	Beschluss	Abstimmungsergebnis
5	Freiwillige Feuerwehr Lehesterdeich	Verlängerungselement für ein Aufenthaltszelt	1.600,00	1.000,00	einstimmig
6	Schule an der Marcusallee	Erneuerung der Motorisierung des Beibootes	999,00	999,00	einstimmig
7	Katholische Kita St. Georg.	Schlagen einer Wasserpumpe	891,27	750,00	einstimmig
8	Kinder- und Familienzentrum Vorstraße	Ankauf eines neuen bzw. gebrauchten Klaviers	1.000,00	500,00	einstimmig
9	Gymnasium Horn	Anschaffung einer Beton-Tischtennisplatte	986,31	986,31	einstimmig
	Jugendhaus Horn-Lehe	Flyer und Plakate (Quartiersfest/Flohmarkt)	89,43	89,43	einstimmig
10	DLRG Bezirk Bremen-Stadt e.V.	Einzäunung des Geländes der DLRG Station Stadtwaldsee	3.861,14	3.861,14	einstimmig
11	Bürgerverein Horn-Lehe e.V.	Horner Mühlenfest	3.955,00	3.000,00	einstimmig
12	Uni-Kindertagesstätte e.V.	Anschaffung eines Sonnensegels	859,50	800,00	einstimmig
13	Jugendhaus Horn-Lehe	Sommerferienprogramm 2011	1.925,00	1.925,00	einstimmig

Zu TOP 7: Mitteilungen des Ortsamtsleiters

Herr Ahrens teilt mit, dass an zwei Tagen im Mai die Oberfläche der Berckstraße saniert werden wird.

Zu TOP 8: Verschiedenes

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

gez. Ahrens
Vorsitzender

gez. Riemer
Beiratssprecherin

gez. Lütjens
Protokollführer